Bessere Lösung für Kirchtalgraben verlangt

Die WLV und vor allem auch die Stadtpolitik von Hallein sind gefordert

© Wolfgang Guttmann

Die Wildbach- und Lawinenverbauug (WLV) hat am 7. Juni 2018 in einer exklusiven Runde Halleiner Stadtpolitikern erneut das Verbauungsprojekt Kirchtalgraben präsentiert. Das WLV-Projekt soll noch vor den Sommerferien dem Gemeinderat der Stadt Hallein zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ohne die Notwendigkeit der Rückhaltung von Hochwässern im Bereich des Kirchtalgrabens in Frage zu stellen, lehnen der Naturschutzbund Salzburg und zahlreiche Halleinerinnen und Halleiner diesen Teil des Projektes Kotbach vehement ab.

Begründung:

Das Dosierwerk im Kirchtalgraben mit seiner quer durch das Tal reichenden bis zu 15 m hohen Mauer macht umfangreiche Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaft notwendig. Zusammen mit der dadurch erforderlichen Anlage einer Ersatzstraße verursacht man unnötigerweise schwere landschaftliche und ökologische Schäden.

- Zerstörung eines Lebensraumes für strenggeschützte Amphibien und Reptilienarten
- massiver Eingriff in ein vielbegangenes Naherholungsgebiet. Der vorhandene Wanderweg muss weichen und wird durch eine hunderte Meter lange Straße im felsigen Hangbereich ersetzt.
- durch die versiegelte Fläche kommt es zu erhöhtem Wasserabfluss
- die Schremm- und Sprengarbeiten gefährden alte Wasserrechte an Quellen
- eine weithin sichtbare Landschaftswunde entsteht und wird billigend in Kauf genommen
- Beeinträchtigung eines viel besuchten Naherholungsgebietes, das für die BewohnerInnen der Stadt Hallein und viele auswärtige Besucher direkt vom Stadtzentrum Hallein aus erreichbar ist.

Die Stadtgemeinde Hallein, und insbesondre Bürgermeister Stangassinger werden dringend gebeten, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um diesen schönen und stadtnahen Landschaftsbereich für ihre Bevölkerung zu erhalten und den Eingriff durch Schutzbauten der WLV so gering wie möglich zu halten.

Alternativen zu diesem längst nicht mehr zeitgemäßen Eingriff sind vorhanden, ohne dass dadurch der Schutz der Halleiner Altstadt vor Hochwässern in Frage gestellt wird.

Es wäre falsch anzunehmen, dass für dieses Projekt alleine die WLV zuständig ist. Die Gemeinde muss selbst in ernsthafte Gespräche mit den betroffenen Anrainern eintreten und Vereinbarungen treffen. Zeitgemäße Politik darf sich nicht hinter Projekten Dritter verstecken, sondern muss sich für die bestmögliche Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Die Umsetzung des Alternativprojektes wird viel und vor allem eigenes Verhandlungsgeschick der Stadtgemeinde Hallein verlangen. Der Einsatz wird sich lohnen.

<u>Für Rückfragen:</u>

Dr. Winfrid Herbst
Vorsitzender des Naturschutzbundes Salzburg